Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Bildung, Kultur, Schule, Sport	Drucksachen-Nr. 715/2000
☒ Öffentlich	
☐ Nicht öffentlich	
Mitteilungsvorlage	
für ▼	Sitzungsdatum
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	21.11.2000

Tagesordnungspunkt

Kostenermittlung über eine Einrichtung einer Verbundschule am Standort der Wilhelm-Wagener-Schule Refrath

Inhalt der Mitteilung

Der Ausschuss hat in seiner Sitzung am 30.05.2000 die Verwaltung gebeten, Kosten, die bei einer möglichen Errichtung der Verbundschule entstehen würden, zu ermitteln und möglichem Nutzen gegenüberzustellen.

In der Zwischenzeit wurden einige Gespräche mit Schulaufsicht auf Kreisebene und bei der Bezirksregierung geführt. In diesen Gesprächen wurde insbesondere über die Förderungsmöglichkeiten durch Landesmittel und eine Kostenbeteiligung der Kreisverwaltung gesprochen.

- **Belastungen des Vermögenshaushalts**
Wie bereits in der Vorlage für die Sitzung am 30.05.2000 dargestellt wurde, wird es nicht möglich sein, eine Verbundschule ohne Erweiterungsbau einzurichten, wenn alle sprachbehinderten und erziehungsschwierigen Kinder aus Bergisch Gladbach, Kürten und Odenthal an dieser Schule unterrichtet werden sollen. Der Rheinisch Bergische Kreis hat zurzeit in dem alten Grundschulgebäude Paffrath 7 Räume zur Beschulung der sprachbehinderten Kinder angemietet. Falls man diesen Standart halten und die Räume am Standort Refrath in gleicher Anzahl und Ausstattung zur Verfügung stellen will, würden, ganz grob geschätzt, Mittel von etwa 3,5 Mio. DM aufzubringen sein. Die Bezirksregierung Köln hat eine 70%ige Förderung dieses Ersatzbaus in Aussicht gestellt. Diese auf den ersten Blick hochprozentige Förderung relativiert sich allerdings durch die Tatsache, dass die Bezirksregierung ausschließlich so genannte Richtsatzkosten fördert. Diese Richtsatzkosten liegen allerdings deutlich unter den wirklich anfallenden Baukosten, so dass die tatsächliche Förderung bei gut 30 % liegen würde. Der Kreis hat zugesagt, von den verbleibenden 70 % die Hälfte zu tragen. Dies bedeutet aber immer noch einen

Aufwand von etwa 1 Mio. DM, der aus dem eigenen Vermögenshaushalt zu tragen wäre. Falls dieser Betrag aus dem Schulbaubudget aufzubringen wäre, ginge er zu Lasten anderer, aus der Sicht der Schulsanierung eigentlich wichtigerer Projekte.

- Belastungen des Verwaltungshaushaltes

Wie schon geschildert, hat der Rheinisch Bergische Kreis für seine Schulen Räume in Gebäuden der Stadt Bergisch Gladbach angemietet. Diese Mieteinnahmen in Höhe von ca. 160.000,- DM dienen zur Deckung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes und sind in dieser Höhe unentbehrlich. Der Kreis würde sich zwar in tatsächlicher Höhe an den Kosten je zusätzlichen Schüler beteiligen, allerdings ermöglicht dieser Beitrag keine Deckung über die eigentlichen Schülerkosten hinaus. Dies bedeutet, dass der Verwaltungshaushalt in Höhe der ausfallenden Mieteinnahmen belastet würde. Dieser Betrag ginge entweder zu Lasten aller Schulen oder müsste auf das Schulbudget aufgeschlagen werden.

Die Verwaltung kann vor dem Hintergrund dieser zu erwartenden Belastungen nicht empfehlen, eine Verbundschule zu errichten und gleichzeitig den Kreis aus seiner gesetzlichen Trägerschaft zu entlassen. Es müssen weitere Gespräche geführt werden, um andere, weniger belastende Lösungen zu finden.